Abg. Herchenbach-Herweg erläuterte, die SPD-Kreistagsfraktion habe den Antrag ganz bewusst gestellt, weil man der Meinung sei, dass Inklusion weit über den Bereich der Schule hinausgehe. Es gebe viele betroffene Handlungsfelder, die zwar nicht im Fokus der Bevölkerung seien, jedoch Bezugspunkte zueinander aufwiesen und daher einer strukturierten Herangehensweise bedürften. Hierbei könnte z. B. ein verwaltungsseitig unterstützter Arbeitskreis schnell überfordert sein, weswegen man einen kompetenten Außenblick bevorzuge, um Inklusion tatsächlich zum Bestandteil des Lebens zu machen. Über den vorgeschlagenen Haushaltsansatz könne man noch diskutieren.

Abg. Haselier dankte seiner Vorrednerin für die Flexibilität hinsichtlich der Höhe der für einen Aktionsplan einzusetzenden Finanzmittel. Vor dem Hintergrund des noch zu verabschiedenden Haushaltes sei es seiner Fraktion wichtig, den Haushaltsansatz auf 60.000 € zu begrenzen. Auch nach seiner Ansicht gehe Inklusion weit über das Thema Schule hinaus und daher sei ein Aktionsplan eine sinnvolle Maßnahme. Angesichts der Themenvielfalt rege er aber an, in einem Beschluss nicht von einem Aktionsplan zu sprechen, der in „verbindlichen Handlungsaufträgen für die Verwaltung“ münde. Man bevorzuge vielmehr von „Handlungsempfehlungen von neutraler Seite an die Politik“ zu sprechen. Diese Empfehlungen, die sich auch mit den voraussichtlichen Finanzauswirkungen befassen müssten, seien an allererster Stelle dem Ausschuss für Inklusion und Gesundheit als Fachausschuss zugänglich zu machen, der dann über das Ob und Wie der Umsetzung von Maßnahmen zu beraten habe.

Ferner wünsche man eine Konkretisierung des Beschlusstextes. Die Kreistagsfraktionen von CDU und DIE GRÜNEN formulierten daher noch für die Beschlussfassung folgende Schwerpunkte des Aktionsplanes, um den Antrag unterstützen zu können:

1. Die Aufgaben der Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe und der Gesundheitsförderung sind einzubeziehen.
2. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist wesentliches Ziel.
3. Ehrenamtlich wahrgenommene Aufgaben der Bereiche Sport, Kultur und Freizeitangebote, zu denen der Rhein-Sieg-Kreis in starkem Maße Zugang hat, sollen (zum Beispiel über den Kreissportbund) in den Prozess einbezogen werden.
4. Die Thematik Inklusion in der Bildungsförderung, den Kindertageseinrichtungen und Schulen sollen in Zukunft wesentlicher Bestandteil eines kreisweiten Inklusionskonzeptes sein.
5. Bisher bereits vom Kreis wahrgenommene koordinierende Aufgaben sollen verstärkt in den Prozess zu einem inklusiven Kreis einbezogen werden. Hierzu zählen insbesondere die demographische Entwicklung, die Gesundheitsplanung, der ÖPNV und die Pflegeplanung.

Unter Berücksichtigung dieser Schwerpunkte, aufgrund derer eine Ausdehnung der Inklusion über den schulischen Bereich hinaus unterstützt werde, könne man sich auf eine gemeinsame Beschlussfassung einigen.

Abg. Eichner stellte richtig, dass Anliegen des Antrages seiner Fraktion nicht Handlungsverpflichtungen von außen gewesen seien, sondern vielmehr der Gedanke, sich aufgrund der durch Außenbetrachtung gewonnenen Erkenntnisse selbst zum Handeln zu verpflichten.

Abg. Herchenbach-Herweg signalisierte, dass man mit den durch die CDU/GRÜNE vorgeschlagenen Konkretisierungen einverstanden sei, soweit diese als beispielhafte Schwerpunktaufzählungen Eingang in den Beschluss erhielten. Es sei aus ihrer Sicht wichtig, Raum für Kreativität zu erhalten, um auf kommende, derzeit nicht vorhersehbare Entwicklungen und Erkenntnisse der Experten entsprechend reagieren zu können. Hinsichtlich der Finanzierung erkläre man sich mit dem Vorschlag von CDU/GRÜNE einverstanden.

Abg. Frohnhöfer erkundigte sich danach, ob der in Rede stehende Betrag von 60.000 € bereits im Kreishauhalt veranschlagt sei oder aber neu dazukommen würden. Die Vorsitzende bestätigte ihr letzteres.

Abg. Haselier bat abschließend um Klarstellung, dass der Antrag keine Auswirkungen auf den Stellenplan nehmen solle.

Ltd. KVD Allroggen machte deutlich, dass aufgrund der vollständigen Auslastung des im zuständigen Fachbereichs vorhandenen Personals eine Unterstützung der Aufgabe durch die Verwaltung nicht möglich sei.

Abg. Eichner bekräftigte, dass die Entscheidung keinen Einfluss auf den Stellenplan haben solle. Die Verwaltung solle Kontakt mit einem Institut aufnehmen und mit den zur Verfügung gestellten Mitteln die Leistung einkaufen.

Die Vorsitzende fasste die in der Beratung abgestimmten Abänderungen des Antrages zusammen und ließ über diesen abstimmen.